



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 24, No. 5-6/2009

**abgeschlossen am
14. Juli 2009**

	<u>Seite</u>
1. Repräsentantenhaus verabschiedet Gesetzentwurf zum Klimaschutz	1
2. Congress debattiert über Krankenversicherungsreform	2
3. Neuregelung des Kreditkartengeschäfts beschlossen	5
4. Hilfen für durch Zwangsversteigerungen bedrohte Hauseigentümer beschlossen	6
5. Ergänzungshaushalt für Militärinterventionen in Afghanistan und Irak bewilligt	7
6. Präsident Obama legt detaillierten Haushaltsplan 2010 vor	8
7. Repräsentantenhaus verabschiedet <i>Defense Authorization 2010</i>	9
8. Kritik an Informationspolitik der <i>Central Intelligence Agency</i>	11
9. Präsident Obama nominiert Sonia Sotomayor als Verfassungsrichterin	12
10. Al Franken zieht für die Demokraten in den Senat ein	13

1. Repräsentantenhaus verabschiedet Gesetzentwurf zum Klimaschutz

Das Repräsentantenhaus hat am 26. Juni 2009 eine historische Gesetzesvorlage zum Klimaschutz, die drastische Reduktionen der Kohlendioxid-Emissionen in den kommenden Jahrzehnten vorsieht, mit knapper Mehrheit angenommen.

Für die von *House Speaker* Nancy Pelosi (D-California) und Henry A. Waxman (D-California), dem Vorsitzenden des *House Energy and Commerce Committee*, propagierte Vorlage stimmten 219 Abgeordnete, dagegen 212.

44 Demokraten votierten mit der republikanischen Opposition gegen den Gesetzentwurf, nur 8 Republikaner schlossen sich der demokratischen Mehrheit an.

Das Kernstück der Klimaschutz-Vorlage sind schrittweise Reduktionen der Obergrenzen für Kohlendioxid-Emissionen, die

- bis 2012 auf 97 Prozent des Ausstoßes von 2005,
- bis 2020 auf 83 Prozent der 2005-Basis,
- bis 2030 auf 58 Prozent und bis
- 2050 auf 17 Prozent reduziert werden sollen.

Die exakten Emissions-Obergrenzen sollen jährlich von der *Environmental Protection Agency* (EPA) festgesetzt werden.

Zudem sieht die Gesetzesvorlage vor, dass

- die privaten Energieproduzenten einen bestimmten Anteil ihres Angebots aus erneuerbaren Energiequellen bereitstellen (6 Prozent bis zum Jahr 2012 und 20 Prozent bis zum Jahr 2020),
- die Bundesbehörden unter Federführung des *Energy Department* (ED) und der EPA einen Plan zur Steigerung der Energieeffizienz zwischen 2012 und 2030 um jährlich 2,5 Prozent vorlegen, und
- die EPA im 4-Jahres-Rhythmus einen Bericht vorlegt, der die Fortschritte in der Umsetzung der Gesetzesvorgaben und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel dokumentiert.

Der von der Administration geforderte Verkauf der frei handelbaren Emissions-Rechte (*Cap and Trade System*) durch den Bund wurde im Zuge der Kompromissaushandlung im Repräsentantenhaus fallen gelassen.

Der Entwurf reserviert nunmehr 85 Prozent der Emissions-Rechte für die Einzelstaaten, Konsumenten, Energieerzeuger, energieintensive Unternehmen sowie Firmen, welche alternative Energiequellen und Energie einsparende Technologien entwickeln.

Diese Emissions-Rechte, die von Unternehmen je nach ihrem Bedarf und ihrer Effizienz gekauft und verkauft werden können, sollen jedoch größtenteils bis 2020 befristet werden.

Die Hürden vor einer eventuellen Verabschiedung des als historisch charakterisierten Klimaschutzgesetzes im Senat sind allerdings hoch.

Die Demokraten benötigen im Senat 60 der 100 Stimmen, um eine Blockade der Vorlage durch ein *Filibuster*, die Verhinderung einer Abstimmung durch Nicht-Beendigung der Debatte, zu unterbinden.

Dabei können sie nicht auf die Geschlossenheit ihrer eigenen Fraktion setzen. Vielmehr sind sie auf die Stimmen einer Reihe von reformorientierten und gemäßigt konservativen Republikanern angewiesen.

Die Senatorinnen Olympia J. Snowe (Maine) und Susan Collins (Maine) sowie Senator Mel Martinez (Florida) haben bereits 2007 gegen ein *Filibuster* zu einer Klimaschutzvorlage gestimmt und gelten deswegen als die aussichtsreichsten Befürworter in den Reihen der Republikaner (vgl. CR 6/2008, S. 7).

Als weitere mögliche Unterstützer werden auf Grund ihrer bisherigen Positionen die Senatoren John McCain (R-Arizona), Lindsey Graham (R-South Carolina) und Richard G. Lugar (R-Indiana) genannt.

Die schwierigen Verhandlungen unter Federführung von Barbara Boxer (D-California), der Vorsitzenden des *Senate Environment and Public Works Committee*, sollen erst nach der Sommerpause des Congress im September finalisiert werden. Sie könnten wichtige Kompromisselemente, die für die Verabschiedung durch das Repräsentantenhaus entscheidend waren, erneut in Frage stellen.

Insbesondere die beschlossenen Ausgleichszölle für Produzenten aus Ländern, die keine hinreichenden eigenen Anstrengungen zum Klimaschutz unternehmen, stoßen auf den Widerstand einer Reihe von demokratischen Senatoren wie der Administration, die grundlegende Bedenken im Hinblick auf internationale Handelsabkommen hegen.

Während Barbara Boxer zweckoptimistisch mit einer Verabschiedung der Vorlage bis Weihnachten rechnet, warnen Republikaner wie Charle E. Grassley (Iowa) – selbst kein Hardliner – die Verhandlungen würden sich wahrscheinlich bis nächstes Jahr verzögern.

2. Congress debattiert über Krankenversicherungsreform

Die Debatte im Congress über eine durchgreifende Reform des krisengeschüttelten Krankenversicherungssystems ist nach wochenlangem Tauziehen hinter verschlossenen Türen im Juni 2009 in die Phase der Konkretisierung getreten.

Nachdem das im Wahlkampf 2008 hoch gehandelte Thema in der ersten Jahreshälfte von den akuten Wirtschaftsproblemen in den Hintergrund gedrängt worden war, haben sich die Demokraten im Repräsentantenhaus Mitte Juni 2009 auf einen Plan geeinigt, der als Leitfaden für die Aushandlung eines mehrheitsfähigen Kompromisses dienen soll.

Unter der Führung der Vorsitzenden der drei wichtigsten mit der Reform befassten Ausschüsse, George Miller (D-California, *Education and Labor*) Charles B. Rangel (D-New York, *Ways and Means*) und Henry A. Waxman (D-California, *Energy and Commerce*) skizzierten sie ein Reformmodell, das sich grundsätzlich an die Wahlkampfversprechen Barack Obamas anlehnt.

Im Zentrum der Initiative steht die Ausweitung des Versicherungsschutzes auf ca. 95 Prozent der US-Bevölkerung. Gegenwärtig sind etwa 47 Mio. US Bürger, knapp 16 Prozent der Bevölkerung, ohne Krankenversicherungsschutz.

Durch Kosteneinsparungen sowie möglicherweise zusätzliche Einnahmen soll die Reform zudem defizitneutral gestaltet werden.

Der Grundansatz für die Ausweitung des Versicherungsschutzes ist ein neues System von Subventionen für Einzelpersonen wie Familien mit Einkommen von bis zu 400 Prozent der offiziellen Armutsgrenze, für eine vierköpfige Familie damit gegenwärtig bis zu 88.000 USD Jahreseinkommen. Bisher werden nur die Krankenversicherungsleistungen der Arbeitgeber durch Steuerbefreiung sowie private Gesundheitsaufwendungen durch Steuerabzugsfähigkeit staatlich subventioniert.

Unternehmen mit mehr als 25 Beschäftigten, die keine Krankenversicherungen anbieten, sollen jährlich 750 USD je Vollzeitbeschäftigten und 375 USD je Teilzeitbeschäftigten in einen Ausgleichsfond zahlen (*Play or Pay Provision*).

Abweichend von Barack Obamas Wahlkampfprogramm sollen Privatpersonen zum Abschluss einer Krankenversicherung verpflichtet werden (*Individual Mandate*) und gegebenenfalls eine moderate, einkommensabhängige Strafzahlung leisten.

Der Bund soll alternativ zu privaten Versicherungen ein Leistungspaket anbieten, das in der Startphase auf dem *Medicare*-Modell, der Bundesversicherung für Rentenbezieher, aufbaut, später aber in eigener Regie und offener Konkurrenz am Gesundheitsmarkt Verträge mit medizinischen Dienstleistern abschließt.

Offen gelassen wurden in der Reformskizze bisher allerdings die Details der Finanzierung der Kosten, die in den ersten zehn Jahren mit 1.000 Mrd. USD veranschlagt werden.

Kosteneinsparungen insbesondere in den Programmen *Medicare* und *Medicaid*, der Bund-Einzelstaaten-Versicherung für einkommensschwache Familien, sollen 500 bis 600 Mrd. USD erbringen.

Als Quelle für zusätzliche Einnahmen ist im Repräsentantenhaus

- eine Sondersteuer auf höhere Einkommen, über 280.000 USD Jahreseinkommen für Einzelpersonen und über 350.000 USD für Paare, im Gespräch.

Die Finanzierungsfrage, unbeschadet des Widerstands vor allem konservativer Republikaner gegen alle zentralen Komponenten des demokratischen Vorschlags, zeichnet sich jedoch als entscheidendes Problem der Reformbemühungen ab.

Innerhalb der Repräsentantenhausfraktion haben gemäßigt-konservative Demokraten (*Blue Dog Coalition*) ebenso wie moderat-zentristische Demokraten (*New Democrat Caucus*) schwere Bedenken gegen Steuererhöhungen und Einsparungsvorschläge auf Kosten von Ärzten und Krankenhäusern erhoben. Sie drohen mit einer offenen Revolte, sollten ihre Vorbehalte nicht aufgegriffen werden.

Im Senat, unter Federführung der Ausschussvorsitzenden Max Baucus (D-Montana, *Finance Committee*) und Christopher J. Dodd (D-Connecticut, *Health, Education, Labor and Pensions Committee*), der an einer parallelen Vorlage arbeitet, wird eine Besteuerung von privaten Krankenversicherungen als mögliche Einnahmequelle diskutiert. Allerdings ist dieser Vorschlag auf entschiedene Opposition der Demokraten vom rechten Flügel der Partei gestoßen.

Während die Demokraten im Repräsentantenhaus zudem die Republikaner effektiv von den Verhandlungen ausgeschlossen haben, sind sie im Senat auf die Kooperation ihrer republikanischen Kollegen angewiesen, die noch stärkere Vorbehalte gegen die hohen Kosten und Steuererhöhungen hegen.

Angesichts der festgefahrenen Debatte haben Präsident Barack Obama und die Führungen der demokratischen Fraktionen die zuständigen Ausschüsse der beiden Kammern dazu gedrängt, ihre Bemühungen um Kosteneinsparungen zu intensivieren, um neue Steuerbelastungen weitgehend zu vermeiden.

Im Unterschied zu früheren Reform-Initiativen, insbesondere des 1993/94 gescheiterten Vorstoßes Präsident Bill Clintons, steht die aktuelle Debatte paradoxer Weise vor einem grundsätzlich lösbaren Problem, ohne dass sich jedoch bisher ein politisch gangbarer Kompromissweg abzeichnet.

Die republikanische Kritik an Auflagen für Arbeitgeber, die das Horrorszenario eines *Government Takeover* herauf beschwört, scheint demgegenüber kaum noch ins Gewicht zu fallen.

Den enormen Finanzierungslücken steht der hohe Erwartungsdruck der demokratischen Wählerschaft wie der breiten Öffentlichkeit gegenüber, die sich von wachsenden Kosten, Unsicherheiten über Leistungen und drohendem Versicherungsverlust bedrängt sehen.

Entsprechend tendiert die Kräfteverteilung der gesellschaftlichen Gruppen und wirtschaftlichen Interessen zugunsten der Reformbefürworter. Für Barack Obama und die Demokraten im Congress ist es vor diesem Hintergrund kaum noch vorstellbar, dass sie die historische Chance ungenutzt lassen.

3. Neuregulierung des Kreditkartengeschäfts beschlossen

Das Repräsentantenhaus und der Senat haben sich im Mai 2009 auf eine umfassende Neuregulierung des Kreditkartengeschäfts geeinigt, die den Schutz der Konsumenten vor willkürlichen Praktiken der Kreditunternehmen nachhaltig stärken soll.

Der Senat nahm Mitte Mai eine bereits Ende April 2009 vom Repräsentantenhaus verabschiedete Vorlage (vgl. CR 3-4/2009, S. 4) mit 90 gegen 5 Stimmen mit kleineren Änderungen an.

Das Repräsentantenhaus übernahm die abgeänderte Fassung des Senats Ende Mai 2009 mit 361 gegen 64 Stimmen ebenfalls mit breiter Mehrheit.

Das Gesetz regelt eine Reihe von gängigen Praktiken von Kreditkartenunternehmen, die von Seiten der Öffentlichkeit auf zunehmend heftige Kritik gestoßen sind, neu.

Inbesondere sieht das Gesetz vor, dass

- zu Werbezwecken angebotene Zinssätze zumindest eine Laufzeit von sechs Monaten haben müssen;
- vereinbarte Zinssätze auf neue Kreditkarten zumindest ein Jahr festgeschrieben werden;
- Zinserhöhungen auf bestehende Schulden frühestens bei zweimonatiger Säumigkeit und nur nach 45-tägiger Vorankündigung erlaubt sind;
- Abzahlungen, die über die Minimum-Forderungen hinausgehen, auf die Kredite mit den höchsten Zinsbelastungen anzurechnen sind;

- Sondergebühren auf bestimmte Zahlungsmodalitäten wie telefonische Übermittlung unzulässig sind;
- Abrechnungsmethoden, die zwei Zahlungsperioden kombinieren (*Double Cycle Billing*) und damit auch bereits getilgte Schulden mit neuen Gebühren belasten, untersagt werden, und
- Kreditkarten an Personen unter 21 Jahren nur nach der Prüfung der individuellen Einkommenssituation vergeben werden dürfen.

Vertreter der Kreditkartenunternehmen hielten ungeachtet der überparteilichen Mehrheiten für das Gesetz an ihrer Kritik fest, dass der *Congress* ihre Möglichkeiten einer marktgerechten Bewertung von Risiken einschränke, was letztlich zu höheren Kosten für die Konsumenten führen würde.

Die Befürworter des Gesetzes hielten dagegen, die Kreditbranche habe offensichtlich nicht damit gerechnet, dass der berechtigte Unmut der Öffentlichkeit zu einer gesetzgeberischen Reaktion führen werde. Präsident Obama hat das Gesetz unmittelbar nach seiner Verabschiedung unterzeichnet, so dass die Bestimmungen wie vorgesehen im Februar 2010 in Kraft treten können.

4. Hilfen für durch Zwangsversteigerungen bedrohte Hauseigentümer beschlossen

Das Repräsentantenhaus und der Senat haben im Mai 2009 ein Gesetz angenommen, das staatliche Hilfen für die von Zwangsversteigerungen bedrohten Hauseigentümer erhöhen soll. Der Senat hat die Gesetzesvorlage bereits Anfang Mai mit 91 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die breite Zustimmung erleichterte die Streichung einer strittigen Bestimmung aus der Vorlage des Repräsentantenhauses, die es Konkursrichtern erlaubt hätte, Zinssätze und Schuldsummen in Zwangsversteigerungsverfahren neu festzusetzen (vgl. CR 3-4/2009, S. 7).

Das Repräsentantenhaus schloss sich Mitte Mai 2009 dem Senat mit 367 gegen 54 Stimmen wiederum mit geringfügigen Änderungen an, die dann vom Senat in nicht-namentlicher Abstimmung akzeptiert wurden.

Für finanziell bedrängte Hauseigentümer soll der Zugang zu dem staatlichen Hilfsprogramm *Hope For Homeowners* durch Entschärfung der Zulassungskriterien erleichtert werden.

Das 2008 verabschiedete, 300 Mrd. USD schwere und auf bis zu 400.000 Konkursfälle ausgelegte Hilfsprogramm soll Zwangsversteigerungen durch staatlich prämierte Neu-

verhandlungen von Darlehen mit günstigeren Konditionen und Laufzeiten abwenden helfen (vgl. CR 7-8/2008, S. 1).

Zudem wurde mit der Gesetzesnovelle die zeitlich befristete Anhebung der Versicherung von Bankeinlagen durch die *Federal Deposit Insurance Corporation* (FDIC) von 100.000 USD auf 250.000 USD bis 2013 verlängert.

Der Kreditrahmen der FDIC wurde zugleich permanent von 30 auf 100 Mrd. USD erhöht. Im Krisenfall kann die FDIC ihr Kreditlimit in Eigenregie temporär auf 500 Mrd. USD anheben. Diese Bestimmung ist jedoch bis 2010 befristet.

Präsident Barack Obama hat das Gesetz begrüßt und umgehend unterzeichnet. Eine umfassende Neustrukturierung der staatlichen Regulierung des Immobilienmarktes und der Darlehensbranche steht allerdings unverändert aus.

5. Ergänzungshaushalt für Militärinterventionen in Afghanistan und Irak verabschiedet

Der Congress hat im Juni 2009 nach monatelangen Beratungen einen Ergänzungshaushalt (vgl. CR 3-4/2009, S. 10) zur weiteren Finanzierung der Militärinterventionen im Irak und in Afghanistan beschlossen (Fiscal Year 2009 Supplemental Appropriations).

Im Repräsentantenhaus stimmten am 16. Juni 2009 226 Parlamentarier für und 202 gegen den Bericht des Vermittlungsausschusses zum so genannten „War Supplemental“. Bei den Demokraten stimmten 221 Fraktionsmitglieder für und 32 gegen die Annahme der Ergänzungsbewilligungsvorlage. Auf Seiten der Republikaner sprachen sich nur fünf Fraktionsmitglieder dafür aus, während 170 dagegen stimmten.

Im Senat war die Zustimmung zur Ergänzungsbewilligung mit 91:5 Stimmen deutlich größer, wobei nur drei Republikaner, nämlich Tom Coburn (Oklahoma), Jim DeMint (South Carolina) und Michael B. Enzi (Wyoming), sowie der Demokrat Russell D. Feingold (Wisconsin) und ein Unabhängiger, Bernhard Sanders (Vermont), gegen die Bewilligungsvorlage stimmten.

Der Ergänzungshaushalt hat einen Umfang von 105,9 Mrd. USD, während Präsident Barack Obama ursprünglich 92 Mrd. USD vom Congress angefordert hatte.

Im Einzelnen sieht die Entscheidung u.a. vor:

- 79,9 Mrd. USD zur Fortsetzung der Militäroperationen in Afghanistan und im Irak bis zum rechnerischen Ende des laufenden Haushaltsjahres am 30. September 2009;

- 26 Mrd. USD für eine Reihe unterschiedlicher Programme, darunter 7,7 Mrd. USD zur Notfallplanung für eine Grippevirus-Pandemie, fünf Mrd. USD für die Arbeit des Internationalen Währungsfonds (IMF) sowie 721 Mio. für *Peacekeeping-Operationen* der Vereinten Nationen und eine Mrd. USD für eine neu aufgelegte Auto-Abwrackprämie („Cash for Clunkers“).

Besonders umstritten zwischen der Administration und dem Congress sind in diesem Zusammenhang 2,7 Mrd. USD für den Kauf von acht C-17- und sieben C-130-Transportflugzeugen, die von Präsident Obama gar nicht verlangt worden waren.

Während der Präsident auf eine Berichtspflicht zu seiner Strategie in Afghanistan und Pakistan verzichten wollte, hat der Congress nun zwei solche Berichte für den Beginn des Jahres 2010 im Rahmen seiner Ergänzungsbewilligung ausdrücklich festgeschrieben. Der eine soll die Ziele und „benchmarks“ zur Befriedung Afghanistans und Pakistans ausweisen. Der andere soll Angaben zur Kooperationsbereitschaft der Regierungen in Kabul und Islamabad mit den Vereinigten Staaten machen. Außerdem wurden 400 Mio. USD vom Congress für einen so genannten „Pakistan Counterinsurgency Fund“ bewilligt, die von der Administration so auch verlangt worden waren.

Mit Blick auf die von Barack Obama beschlossene Schließung von *Guantanamo Bay* (vgl. CR 3-4/2009, S. 10; CR 11-12/2007, S. 3), für die der Präsident im Rahmen der nun beschlossenen *Fiscal Year 2009 Supplemental Appropriations* 80 Mio. USD angefordert hatte, verzichtete der Congress auf jegliche Mittelzuweisung. Gleichzeitig untersagte der Congress die Entlassung von dort Festgehaltenen in die USA und legte dem Präsidenten eine Berichtspflicht über jeden dort noch festgehaltenen *Detainee* und dessen vorgesehene Entlassungsziel auf, bevor *Guantanamo Bay* geschlossen werden kann.

Das *Homeland Appropriations Subcommittee* hat im Juni 2009 im Zuge seiner Bewilligungsentscheidung einen Zusatz des Republikaners Harold Rogers (Kentucky) beschlossen, der *Guantanamo*-Häftlingen ebenfalls die Einreise in die USA kategorisch verbieten würde. Das Thema ist auch im Rahmen der Verabschiedung der *Defense Authorization 2010* (vgl. Punkt 7) Diskussionspunkt.

6. Präsident Obama legt detaillierten Haushaltsplan 2010 vor

Präsident Obama und der Direktor des Office of Management and Budget (OMB), Peter R. Orszag, haben dem Congress im Mai 2009 ihre Detailüberlegungen zur Budgetanforderung des Weißen Hauses für das Haushaltsjahr 2010 vorgelegt (vgl. auch CR 1-2/2009, S. 6).

Danach strebt der Präsident einen Bundeshaushalt 2010 mit einem Volumen von 3,7 Billionen USD an.

Für *Agriculture* sind nach Angaben des OMB Ausgaben in Höhe von 22,9 Mrd. USD,
- für *Commerce/Justice/Science* 64,5 Mrd.,
- für *Homeland Security* 42,7 Mrd.,
- für *Labor/Health and Human Services/Education* 144 Mrd. USD,
- für *State/Foreign Operations* 52 Mrd.,
- für *Transportation/Housing and Urban Development* 106,5 Mrd. und
- für *Energy/Water* 32,8 Mrd. USD vorgesehen.

Den größten Posten im Bereich der so genannten *Discretionary Programs* macht *Defense*, also der Rüstungshaushalt aus, für den von Präsident Obama 640 Mrd. USD angefordert worden sind, eine Ausgabenerhöhung von etwa 22 Mrd. USD gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr 2009. Im Gegensatz zu den *Entitlement Programs*, bei denen der Congress in seiner Haushaltsbewilligung über Vorfestlegungen im Großen und Ganzen gebunden ist, kann er über die Höhe der *Discretionary Programs* frei entscheiden.

Mit Blick auf die schwierige Haushaltslage angesichts des geschätzten Haushaltsdefizits von über 1,1 Billionen USD im nächsten Haushaltsjahr strebt Präsident Obama Streichungen in Höhe von 17 Mrd. USD an, denen insgesamt mehr als 100 Bundesprojekte zum Opfer fallen sollen. Am stärksten von den Streichungen ist das Verteidigungsministerium betroffen, wo Programme mit einem Gesamtausgabenvolumen von über fünf Mrd. USD eliminiert werden sollen, darunter das F-22 Kampfflugzeugprogramm (vgl. Punkt 7).

Während Demokraten wie Allyson Schartz (Pennsylvania), Mitglied des Haushaltsausschusses im Repräsentantenhaus, Obamas Haushaltsvorlage als einen „ermutigenden ersten Schritt auf dem Weg unserer Nation zur fiskalpolitischen Verantwortung“ bezeichneten, brandmarkten die Republikaner den Budgetplan als vollkommen unverantwortlich. Dies sei der „größte Ausgabenplan in der Geschichte unserer Nation“, so die Senatorin Kay Bailey Hutchison (R-Texas), Mitglied des Senate Appropriations Committee. Das Budget, so der republikanische Senator George V. Voinovich (Ohio), „verspreche Allen alles“. Es bleibt abzuwarten, ob die Demokraten ihrem Präsidenten in seinen budgetpolitischen Überlegungen im Detail folgen werden. So hat sich beispielsweise die Demokratin Dianne Feinstein (California) bereits „tief besorgt“ über die Konsequenzen von Obamas Haushaltsüberlegungen – und Kürzungen – für ihren Bundesstaat geäußert.

7. Repräsentantenhaus verabschiedet *Defense Authorization* 2010

Das Repräsentantenhaus hat am 25. Juni 2009 mit 389 zu 22 Stimmen seinen Entwurf zum so genannten Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2010 (*Fiscal Year 2010 Defense Authorization*) verabschiedet, welches für das Haushaltsjahr 2010 einen Umfang von 680,4 Mrd. USD für den Verteidigungsbereich ausweist.

Im Rahmen der *Defense Authorization* entscheiden beide Kammern des Congress zunächst jährlich der Sache nach über den amerikanischen Verteidigungshaushalt. Die Entscheidung über die eigentliche Ausgabenhöhe nimmt der Congress dann im Rahmen der *Defense Appropriations*, also der Verteidigungsbewilligung, vor. Beiden Entscheidungsebenen vorgeschaltet, ist die so genannte *Budget Resolution*, mit welcher der grobe Finanzrahmen für den jährlichen Haushaltszuweisungsprozess durch den Congress festgelegt wird (vgl. CR 3-4/2009, S. 2).

Barack Obama hat die Entscheidung des Repräsentantenhauses zur *Defense Authorization* 2010 mit der ersten Vetodrohung seiner Präsidentschaft versehen. Auslöser für die Machtprobe ist die Entscheidung des Repräsentantenhauses an der Produktion weiterer (zwölf) Kampfflugzeuge des Typs F-22 festzuhalten. Der Präsident möchte dagegen auf die Produktion weiterer F-22 verzichten.

Das Repräsentantenhaus will darüber hinaus die Entwicklung eines alternativen Antriebssystems für das F-35 Kampfflugzeug vorantreiben, was die Obama-Administration für nicht erforderlich hält. Insgesamt sollen im Haushaltsjahr 2010 nach den Vorstellungen des Repräsentantenhauses 28 F-35 gebaut werden. Auch das F-35-Programm stand zwischenzeitlich auf der Streichliste der Administration.

Jenseits der Entscheidungen zu den Kampfflugzeugen des Typs F-22 und F-35 hat das Repräsentantenhaus sich in seiner Genehmigungsentscheidung dafür ausgesprochen, 9,3 Mrd. USD für Raketenabwehrprogramme auszuweisen, darunter 7,8 Mrd. USD für die *Missile Defense Agency*.

Mit Blick auf die von Präsident Obama geplante Schließung von Guantanamo Bay lehnt das Repräsentantenhaus eine Inhaftierung von Gefangenen in Gefängnissen innerhalb der Vereinigten Staaten ab, so lange die Administration keinen detaillierten Plan zur Rückführung bzw. Freilassung der Gefangenen vor dem Hintergrund der damit verbundenen Risiken für die nationale Sicherheit vorgelegt und mit den Gouverneuren der perspektivisch betroffenen Bundesstaaten Beratungen aufgenommen hat.

Im Senat hat der zuständige Streitkräfteausschuss zwischenzeitlich ebenfalls seine Vorlage zur *Defense Authorization* 2010 (und zwar einstimmig mit 26 Stimmen) verabschiedet, über die nun noch vom Senatsplenum entschieden werden muss, bevor der Vermittlungsausschuss seine Arbeit aufnehmen kann. Die Entwurfsvorlage des *Senate Armed Services Committee* will die Produktion des F-22 Kampfflugzeuges ebenfalls fortschreiben.

Zwischenzeitlich hat der Vorsitzende des *Defense Appropriations Subcommittee* im Repräsentantenhaus, John P. Murtha (D-Pennsylvania), vorgeschlagen, eine abgessene Version des F-22 an Japan zu verkaufen, was allerdings nach Maßgabe des Verteidigungsbewilligungsgesetzes aus dem Jahr 1998 untersagt ist. Murtha hat dem Vernehmen nach die Unterstützung des Vorsitzenden des *Senate Appropriations Committee*, Daniel Inouye (D-Hawaii), der sich ebenfalls für den Export der F-22 an Japan stark macht.

8. Kritik an Informationspolitik der *Central Intelligence Agency*

Im Congress ist ein heftiger Streit um die Informationspolitik des Geheimdienstes CIA entbrannt, dem sieben demokratische Mitglieder des *Intelligence Committee* im Repräsentantenhaus in einem Schreiben vom 26. Juni 2009 vorwerfen, die Mitglieder des Congress „von 2001 bis zu dieser Woche in die Irre geführt“ zu haben. Gleichzeitig forderten die Demokraten den derzeitigen CIA-Direktor Leon Panetta dazu auf, seine im Mai 2009 gemachte Aussage zu korrigieren, „das es nicht unsere (die der CIA, die Redaktion) Politik oder Praxis ist, den Congress irrezuführen.“

Der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im Repräsentantenhaus, Silvestre Reyes (D-Texas) fand noch deutlichere Worte und sprach davon, dass die CIA seinen Ausschuss, der für die Kontrolle der Geheimdienstaktivitäten zuständig ist, seit 2001 zumindest in einem Fall „belogen“ habe.

Die Demokraten beziehen sich auf ein Programm zur geplanten Eliminierung von hochrangigen El Kaida-Mitgliedern, für das der Nachrichtendienst seit dem Jahr 2001 Vorbereitungen getroffen hatte, ohne den Congress darüber in Kenntnis gesetzt zu haben, wie CIA-Direktor Panetta am 24. Juni 2009 vor dem *House Intelligence Committee* einräumte.

Die Republikaner im Ausschuss unter Führung von Peter Hoekstra (Michigan) werfen der demokratischen Mehrheit eine „vollkommene Fehlcharakterisierung“ der Zusammenhänge vor. „Dies war ein Programm, das geplant, aber niemals ausgeführt wurde“, so Hoekstra. Im Senat erhielt er Unterstützung vom stellvertretenden Vorsitzenden des dortigen Geheimdienstausschusses, Christopher S. Bond (R-Missouri), der die Vorwürfe als „lächerlich“ und „hochgradig unverantwortlich“ bezeichnete. Bond ging noch einen Schritt weiter und sprach von einem „Cover up“ für *Speaker* Nancy Pelosi (D-California) und deren „schlechtes Gedächtnis und unbegründete Anschuldigungen“ gegenüber der CIA und den dort „hart arbeitenden Männern und Frauen“.

Pelosi hatte die frühere Bush-Administration wegen der inzwischen bekannt gewordenen Folterpraktiken an *Guantanamo*-Häftlingen mehrfach scharf kritisiert und sich für die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission ausgesprochen (vgl. CR 3-4/2009, S. 8). Der CIA hatte sie im Mai 2009 vorgeworfen, sie als damaliges Mitglied des Geheimdienstausschusses im Repräsentantenhaus in die Irre geführt zu haben. Der neue CIA-Direktor Panetta, ein Demokrat und früheres Fraktionsmitglied Pelosis im Repräsentantenhaus, hatte dies in einer umgehenden Replik kategorisch bestritten und betont, dass die CIA den Congress durchaus informiert habe.

Panetta machte in diesem Zusammenhang ein Memorandum öffentlich, das belegt, dass Pelosi und der frühere republikanische Congressman Porter Goss am 4. September 2002 die ersten Mitglieder des Congress waren, die über so genannte *Enhanced Interrogation Techniques* von der CIA informiert wurden. Das zehn Seiten umfassende Memorandum mit dem Titel: „Member Briefings on Enhanced Interrogation Techni-

ques“ kann unter <http://online.wsj.com/public/resources/documents/1briefings.pdf> eingesehen werden. „Our contemporaneous records from September 2002 indicate“, so Panetta, „that CIA officers briefed truthfully on the interrogation of Abu Zubaida, describing the enhanced techniques that had been employed.“

Pelosi bestreitet nicht, dass sie an einem solchen Briefing teilgenommen hat, betont allerdings, dass sie in eine ganz andere Richtung informiert wurde. „I was informed then“, so Pelosi während einer Pressekonferenz am 14. Mai 2009, „that the Department of Justice opinions had concluded that the use of enhanced interrogation techniques were legal. The only mention of waterboarding at that meeting was *that it was not being employed*“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

9. Präsident Obama nominiert Sonia Sotomayor als Verfassungsrichterin

Präsident Barack Obama hat Ende Mai 2009 die Bundesrichterin Sonia Sotomayor als Nachfolgerin für David Souter nominiert, der kurz zuvor seinen Rückzug aus dem *Supreme Court* bekannt gegeben hatte.

Sonia Sotomayor gilt als ausgezeichnete Juristin, die sich allerdings weniger durch publizitätsträchtige und ideologisch kontroverse Urteile als vielmehr durch ihre methodisch überaus präzise und sachkundige Arbeit profiliert hat.

Sotomayor gelang als Tochter einer Einwandererfamilie aus Puerto Rico mit dem Studium der Geschichte an der Princeton University und der Rechtswissenschaften an der Yale University der Einstieg in eine steile Karriere als Juristin, die bemerkenswerter Weise auch Erfahrungen mit dem Unternehmens- und Handelsrecht in einer Privatkanzlei umfasst.

Auf Vorschlag von Senator Patrick D. Moynihan (D-New York) hatte Präsident George H. W. Bush Sotomayor 1992 als Bundesrichterin im Südbezirk ihres Heimatstaats New York nominiert.

Nach der Nominierung durch Präsident Bill Clinton rückte sie 1997 in den *2nd US Circuit Court of Appeals* auf, obwohl die republikanische Senatsmehrheit ihre Bestätigung aus taktischen Gründen nahezu ein Jahr lang blockiert hatte.

Von der Seite der demokratischen Mitglieder des Justizausschusses des Senats wie der Fraktion kann Sotomayor mit einer mehr als freundlichen Aufnahme rechnen. Von republikanischer Seite sind jedoch sehr kritische Fragen zu erwarten.

Während es den konservativen Gegnern der linksliberalen Richterin bisher nicht gelungen ist, ernsthafte problematische Positionen in den Urteilen Sotomayors auszumachen, zeichnet sich eine Strategie ab, die Nominierung als Entscheidung zu porträtieren, die in die falsche Richtung weist.

Im Vordergrund der Kritik steht ein Urteil Sotomayors von 2008, in dem sie eine Klage weißer Feuerwehrgestellter gegen die Stadt New Haven (Connecticut) abwies, nachdem die Stadt einen Beförderungstest annulliert hatte, den keine schwarzen oder hispanisch-amerikanischen Kandidaten bestanden hatten.

Der Supreme Court hob dieses Urteil im Juni 2009 mit knapper Mehrheit auf und befand zugunsten der klagenden Feuerwehrleute.

Vorgehalten werden Sotomayor zudem Bemerkungen aus einer Rede an der University of California, Berkeley, in der Sotomayor auf die Bedeutung des persönlichen Erfahrungshintergrunds von Juristen hinwies.

Die konservativen Republikaner um Senator Jeff Sessions (Alabama), dem ranghöchsten Mitglied der Opposition im Justizausschuss, erkennen in diesen Bemerkungen eine mangelnde Distanz zu partikulären Sozialgruppen und befürchten eine ethnozentrische Einfärbung der Rechtsprechung.

Die republikanische Rechte will ganz offensichtlich die Nominierung schon mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren wiederholt enttäuschte und sichtlich demotivierte konservative Basis nicht kampflos hinnehmen. Doch die republikanische Streitlust wird durch den Umstand gedämpft, dass sie die wachsende hispanisch-amerikanische Wählerschaft nicht erneut vor den Kopf stoßen will.

Beobachter gehen entsprechend davon aus, dass Sotomayor, sollten die anlaufenden Anhörungen vor dem Justizausschuss nicht unerwartete neue Kontroversen aufbringen, noch vor der Sommerpause 2009 bestätigt wird.

Offen bleibt allerdings, ob Präsident Obama für seine umsichtig ausgewählte, gemäßigt liberale Kandidatin nennenswerte republikanische Unterstützung gewinnen kann.

Der ausscheidende Verfassungsrichter David Souter, 1992 von Präsident George H. W. Bush nominiert, hatte zumeist mit der Mitte-Links-Gruppe liberaler Richter gestimmt. Insofern würde die Bestätigung Sotomayors wenig an der gegenwärtigen Kräftebalance im *Supreme Court* ändern.

10. Al Franken zieht für die Demokraten in den Senat ein

Mit der Vereidigung von Al Franken als Senator für den Bundesstaat Minnesota am 7. Juli 2009 verfügen die Demokraten nun in der 111. Legislaturperiode des Congress über eine *Supermajority* von 60 Sitzen. Nach der Geschäftsordnung des Senats kann eine Blockade von Gesetzesvorlagen durch Filibuster nur mit einer Dreifünftelmehrheit, also 60 Stimmen, im Wege eines so genannten *Cloture gebrochen werden*. Über dieses machtvolle Instrument zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele verfügen die

Demokraten auch deshalb, weil im April 2009 der Republikaner Arlen Specter (Pennsylvania) seine Partei verlassen und sich der demokratischen Mehrheitsfraktion angeschlossen hatte (vgl. CR 3-4/2009, S. 11).

Franken konnte sich erst nach einem acht Monate langen, erbitterten juristischen Ringen gegenüber dem republikanischen Amtsinhaber Norm Coleman vor dem Minnesota State Supreme Court durchsetzen, der den Senatssitz nach den Novemberwahlen 2008 ebenfalls für sich beanspruchte (vgl. CR 1-2/2009, S. 14).

Am 30. Juni 2009 entschied der *Supreme Court* von Minnesota mit 5:0 Stimmen, dass die zwischen dem 19. November 2008 und 5. Januar 2009 erfolgte erneute Auszählung der 2,9 Millionen abgegebenen Stimmen rechtsgültig ist. Danach hat der Demokrat Al Franken 312 Stimmen mehr erhalten als der bisherige republikanische Amtsinhaber Norm Coleman. Coleman akzeptierte seine Niederlage kurz nach der Entscheidung des *State Supreme Court*, um Schaden „von der Einheit unseres Staates“ abzuhalten, wie er es formulierte.

Sitzverteilung im Senat – 111. Congress (Stand Juli 2009)

	111. Congress	110. Congress
Demokraten	58	49
Unabhängige*	2	2
Republikaner	40	49

* Die parteiunabhängigen Senatoren Joseph Lieberman (Connecticut) und Bernie Sanders (Vermont) haben sich im 111. wie schon im 110. Congress der demokratischen Fraktion angeschlossen.

Franken, Jahrgang 1951, gilt als zentristischer Demokrat, der bei seiner Amtseinführung betonte, dass er sich in erster Linie als der zweite Senator des Bundesstaates Minnesota versteht. Dies ist ein unmissverständlicher Hinweis darauf, dass er sich keineswegs als bloßer Mehrheitsbeschaffer für seine Fraktion sieht, sondern vor allem die Belange seines Bundesstaates in den Vordergrund seiner Arbeit stellen möchte. „Wir haben Senatoren“, so Franken, „also Republikaner, die in bestimmten Abstimmungen mit der Mehrheit der Demokraten stimmen werden, und Demokraten, die in anderen Abstimmungen mit der Mehrheit der Republikaner votieren werden.“

Auch der Führer der Demokraten, Senate Majority Leader Harry Reid (Nevada), bremste einen allzu großen Optimismus angesichts der nun entstandenen *Supermajority*. „Auf dem Papier haben wir 60 Stimmen“, so Reid, „aber wir können niemanden über den Haufen fahren (,bulldoze anybody‘). So funktioniert das nicht. Meine Fraktion erlaubt das nicht und wir haben eine philosophisch sehr diverse Gruppe von Senatoren“ in unserer Fraktion, so Reid. Entsprechend kündigte der *Senate Majority Leader*

an, dass er trotz des Einzugs von Franken in den Senat seine „Muskeln nicht plötzlich spielen lassen will“.

Demgegenüber erklärte John Cornyn (R-Texas), der Vorsitzende des *National Republican Senatorial Committee*, „dass die Ära der Entschuldigungen und des Fingerzeigens“ für die Demokraten nun zu Ende sei. Sie könnten die Republikaner fortan nicht mehr bezichtigen, für die mangelnde Durchsetzung ihrer politischen Agenda verantwortlich zu sein.

Tatsächlich verfügen die Demokraten im Senat nun rechnerisch über 60 Stimmen (vgl. Tabelle zur Sitzverteilung im Senat). Wie sich dies auf ihre politischen Gestaltungsspielräume auswirken wird, bleibt allerdings abzuwarten. Zum einen sind zwei Mitglieder der demokratischen Senatsfraktion, Edward Kennedy (Massachusetts) und Robert C. Byrd (West Virginia) gesundheitlich schwer angeschlagen. Zum anderen gibt es innerhalb der demokratischen Fraktion mit Ben Nelson (Nebraska), Evan Bayh (Indiana) und Marry Landrieu (Louisiana) Mitglieder, die sich politisch als ausgesprochen unabhängig verstehen und keinesfalls bereit sein dürften, ihrer Fraktionsführung quasi automatisch zu folgen.

Franken, der bisher kein politisches Amt bekleidet hat, war als *Talk Show Host* und Autor als scharfer Kritiker der Administration George W. Bushs und der Neokonservativen in Erscheinung getreten. Er wird unter anderem dem *Senate Judiciary Committee* angehören, das sich gegenwärtig auf die Anhörungen zur Nominierung von Sonja Sotomayor für den Obersten Gerichtshof der USA vorbereitet (vgl. Punkt 9).



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report